

Mindestsicherung: Farce ohne Boden

Von SPÖ und ÖGB als Fortschritt für den Sozialstaat gefeiert wurde 2010 die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ eingeführt. Tatsächlich war sie ein trojanisches Pferd, ein großer Schritt Richtung Hartz IV in Österreich. Seit einigen Monaten werden immer neue Verschlechterungen diskutiert und beschlossen.

Seite 2

Brexit: Revolte der ArbeiterInnen

Die Brexit-Abstimmung erschüttert die Herrschenden in Britannien und der EU. Viele ArbeiterInnen haben die Abstimmung als Chance genommen, endlich einmal den Herrschenden eines auszuweichen. Es war ein Fehler, dass Jeremy Corbyn und die Labour-Linke sich nicht an die Spitze der Austrittsbewegung gestellt haben. Ein Artikel von Roger Bannister.

Seite 12

Schwerpunkt

Der Balkan ist für internationales und damit auch österreichisches Kapital im Wesentlichen eine Kolonie. Sie bereichern sich auf Kosten der Menschen vor Ort. Doch es gibt Widerstand.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 251 | 09.16

Widerstand gegen TTIP und Politik der Reichen!

Die Verhandlungen zwischen EU-Kommission, USA und internationalen Großkonzernen rund um TTIP, CETA & Co. nehmen immer mehr Form an. Sowohl PolitikerInnen als auch die Lobbyisten der Wirtschaft drängen auf einen Beschluss der Freihandelsabkommen noch vor Ende 2016. Auf allen Ebenen soll die Krise, die sie verursacht haben, auf unserem Rücken abgeladen werden – um ihr System aufrecht zu erhalten und sich ihre vollen Taschen zu sichern. Unsere Rechte im Job, unsere Sozialsysteme, unsere Privatsphäre, unsere Umwelt, unsere grundlegenden Rechte – all

gierung durchgeboxt, die belgische Regierung plant ebenfalls massive Angriffe auf Arbeits- und Gewerkschaftsrechte. In Italien steuern die Banken auf den nächsten Crash zu. Spanien, Portugal und vor allem Griechenland bluten unter der Sparpolitik der EU. Auch in Österreich erwarten wir Attacken auf die Kollektivverträge, Arbeitszeiten und Löhne. Sebastian Kurz fordert 1-Euro-Jobs für Flüchtlinge und versucht mit Rassismus von tatsächlichem Lohndumping durch Firmen abzulenken! Die Industriellenvereinigung ruft weiter nach dem 12-Stunden-Tag,



Wehren wir uns gegen die Angriffe von Regierung, EU & TIPP. Schluss mit der Politik für die Reichen!

das steht unter Beschuss!

TTIP ist dabei nur ein Teil einer breiteren Offensive. In Frankreich wurde das neue Arbeitsgesetz „El Khomri“ von der Hollande-Re-

gierung durchgeboxt, die belgische Regierung plant ebenfalls massive Angriffe auf Arbeits- und Gewerkschaftsrechte. In Italien steuern die Banken auf den nächsten Crash zu. Spanien, Portugal und vor allem Griechenland bluten unter der Sparpolitik der EU. Auch in Österreich erwarten wir Attacken auf die Kollektivverträge, Arbeitszeiten und Löhne. Sebastian Kurz fordert 1-Euro-Jobs für Flüchtlinge und versucht mit Rassismus von tatsächlichem Lohndumping durch Firmen abzulenken! Die Industriellenvereinigung ruft weiter nach dem 12-Stunden-Tag,

und das bei Rekordarbeitslosigkeit und steigender Armut. Auf internationaler Ebene gab und gibt es massiven Widerstand. Die französi-

schen ArbeiterInnen haben den Kampf gegen das Arbeitsgesetz nicht aufgegeben. In Belgien wird die Bevölkerung Ende September das Land mit einem Generalstreik lahmlegen. In Britannien unterstützen Hunderttausende den neuen Labour-Vorsitzenden Corbyn wegen seines linken Programms. Höchste Zeit, dass wir es den KollegInnen nachmachen! Wir brauchen ei-

nen kämpferischen Aufbruch und massiven Druck auf die Gewerkschaftsführung. Wenn wir unsere Rechte aber tatsächlich verteidigen wollen, dann brauchen wir ein anderes System! Mit echter sozialer Sicherheit, Perspektiven, Mit- und Selbstbestimmung! Wir wollen ein sozialistisches Europa der Menschen und keines der Banken und Konzerne!

Stefan Gredler

Die SLP fordert:

- Bei den kommenden Lohnrunden müssen wir echte Lohnerhöhungen erkämpfen – Schluss mit faulen Kompromissen!
- Internationale Solidarität von Beschäftigten, Armen und Gewerkschaften gegen die Freibeuterei der Unternehmen!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Ein breiter Schulterschluss soll Norbert Hofer verhindern. Auch GewerkschafterInnen sind dabei. Bald beginnt die Herbstlohnrunde der Metallbranche. Seit Jahren versuchen die KapitalistInnen, die Verhandlungen aufzuspalten, die Gewerkschaft zu schwächen und längere Arbeitszeiten durchzudrücken. Erst vor kurzem hat die Gewerkschaft hier Zugeständnisse gemacht. Heuer könnte sie noch zahmer daherkommen. Wegen der Bundespräsidentenwahl könnte die Gewerkschaftsführung meinen, man dürfe die Unternehmensseite nicht verärgern, weil sie sonst vielleicht Hofer unterstützt. Dass man daher heuer besonders entgegenkommend sein müsse. Und dass ein schlechter KV-Abschluss ja immer noch weniger schlimm wäre als ein Präsident Hofer.

Sollten GewerkschafterInnen so denken oder gar argumentieren, dann könnten sie falscher gar nicht liegen! Das Einzige, was den Aufstieg des Rechts-

Was dem Hofer sicher nicht hilft...

extremismus stoppen kann, ist eine selbstbewusste, kampfbereite und kampffähige ArbeiterInnenbewegung. Wer seine Rechte verteidigt und Verbesserungen erkämpft, ist auch in der Lage sich eine neue Kampforganisation aufzubauen und setzt nicht auf rechte PopulistInnen. Die Gewerkschaft muss mit offensiven Forderungen auftreten und die Kandidaten zwingen, sich zu positionieren. Die FPÖ hat schon in der Vergangenheit im „Ernstfall“ von Arbeitskämpfen die Seite der Unternehmen eingenommen.

Sich von KapitalistInnen erpressen zu lassen, hätte fatale Folgen. Auf diese Erpressung würde die nächste folgen. Und es wäre keineswegs sicher, dass sie wegen einer braven Gewerkschaft auf eine Hofer-Unterstützung verzichten würden, brauchen sie doch angesichts der Krise brutalere Angriffe auf die Gewerkschaften. Eine schwache Gewerkschaft – das hilft doch nur dem Hofer! Kämpferische Gewerkschaften aber helfen all jenen, die unter der FPÖ leiden, und die zu Recht keine Illusionen in Van der Bellen haben.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Mindestsicherung: Geplante Armut

Wer die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) bezieht, lebt rund € 90 unter der Armutsgrenze, hat kein Auto, keinen Bau-

hen. Ein „Presse“-Leitartikel zeigt, was die Herrschenden davon halten: Der Kahlschlag müsse auf „ÖsterreicherInnen“ aus-

ders aus: Ca. 300.000 sind trotz Arbeit armutsgefährdet. Viele beziehen Mindestsicherung trotz, nicht statt, eigenem Einkommen. Zusätzlich steigt auch die Arbeitslosigkeit – eine Folge der Wirtschaftskrise. Auf jeden freien Job kommen etwa 15 Arbeitslose. Sanktionen ändern daran nichts.

Wir schlagen vor: Mindestlohn von 1.700 brutto. Dann braucht niemand eine Lohnaufzahlung in Form der Mindestsicherung. Arbeitszeitverkürzung auf 30h/Woche bei vollem Lohn & Personalgleich: Das schafft Jobs für viele, die jetzt auf Unterstützung angewiesen sind. Schluss mit dem Sparen auf dem Rücken der Ärmsten.

Flo Klabacher

Die reichsten 10% scheffeln in 11 Tagen mehr Geld, als 2015 für die BMS ausgegeben wurde.

sparvertrag und keine Reserven – muss aber jeden Job annehmen, unabhängig von Qualifikation, Arbeitsweg oder Bezahlung. Die Mindestsicherung war schon bei ihrer Einführung eine Verschlechterung. Jetzt folgen neue Angriffe: Schwarz-Blau in OÖ prescht vor, kürzt bei Asylberechtigten auf € 365/Monat. Salzburg & Burgenland wollen nachzie-

geweitet werden. Wird er auch: Deckelung auf 1.500/Familie (egal, wie viele Kinder) und neue Sanktionen, die bis zur völligen Streichung gehen, werden auf Schiene gebracht. Blau, Rot, Schwarz, Grün & Stronach führen in Bund & Ländern eine Kampagne gegen angebliche „Arbeitsverweigerer“, die Mindestsicherung beziehen. Die Realität sieht an-

Schelling zu Hartz IV: „Modell, das besser funktioniert.“

Die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ orientiert sich am deutschen Vorbild „Hartz IV“. Das 2005 von Rot-Grün eingeführte Modell macht aus arbeitslosen Lohnabhängigen mit Versicherungsanspruch unmündige Almosenempfänger. Der Anspruch auf den Regelbedarf von € 404/Monat verfällt bei „Vergehen“ wie unpassender Kleidung bei einem Vorstellungsgespräch. Betroffene können sich eine Teilnahme am gesellschaft-

lichen Leben (Öffis, Kino, Bars, Restaurants,...) nicht mehr leisten und werden isoliert. Armut wird zum Massenphänomen, UnternehmerInnen profitieren doppelt: BezieherInnen sind erpressbar und müssen jeden Job annehmen. Wer noch Arbeit hat, gerät unter Druck, Verschlechterungen bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen, um nicht durch eine Billig Arbeitskraft ersetzt zu werden.

OÖ: Kürzungen bei anerkannten Flüchtlingen sind nur der Anfang



Die Politik der OÖ-Landesregierung will sozial Schwache gegeneinander ausspielen. Schwarz-Blau poltert, dass PensionistInnen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, plötzlich weniger bekommen als Flüchtlinge. Doch beide Parteien haben 2003 die Pensionen gekürzt. Jetzt kürzen sie die Mindestsicherung. Zuerst betroffen sind Asylberechtigte. Mit € 365 (+ willkürlich vergebenem „Integrationsbonus“ von € 155) kann

man sich kaum durchschlagen. Viele „Mindestsicherungsflüchtlinge“ gehen nach Wien. Dass heißt eine Debatte über neue Kürzungen und Residenzpflicht an. Beides löst keine Probleme. Notwendig ist soziale Sicherheit für alle, die hier leben. Die Mindestsicherung kann dafür nicht sorgen. Notwendig ist eine soziale Sicherung auf Höhe eines Mindestlohns. Die würde auch Löhne nach oben drücken.



Mehr fürs Lernen statt leeres Gerede!

Über die Wichtigkeit von Bildung verlieren die PolitikerInnen der etablierten Parteien massenhaft Worte in Sonntagsreden. Die

bildet sind“, erzählt eine Kollegin. Unterstützungs-kräfte dafür sind de facto nicht vorhanden. Auch am Lehrpersonal man-

Problemen sind. So müssen LehrerInnen z.B. unterschiedliche Übungsaufgaben zum selben Thema vorbereitet werden.

den laut Gewerkschaft neben zusätzlichen LehrerInnen 1.000 Zusatzkräfte benötigt. „Wir haben nächstes Jahr vielleicht wieder eine 'Sonderklasse' für unbetreute minderjährige Flüchtlinge und es ist nicht sicher, ob wir genügend LehrerInnen finden, die sie unterrichten, weil der Aufwand kaum bezahlt wird“, schildert ein Kollege die Situation.

Die Opfer des Sparkurses sind Kinder und LehrerInnen. Umso wichtiger ist ein gemeinsamer Kampf von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern, egal welcher Herkunft, für mehr Personal und die Ausfinanzierung des Bildungssystems.

Lukas Kastner

Statt netter Worte braucht es massive Verbesserungen bei Löhnen und Personal.

Realität sieht anders aus. Die Reallöhne von LehrerInnen sinken seit Jahren durch die Streichung von Leistungen und Zulagen, sowie durch die schwachen KV-Abschlüsse, denen die Gewerkschaft gerade für JunglehrerInnen zustimmt. Gleichzeitig steigt der Arbeitsaufwand und -umfang. „Immer mehr überwiegt die 'sozialarbeiterische' und 'erziehereische' Tätigkeit, für die wir aber nicht ausge-

gelt es. An berufsbildenden mittleren und höheren Schulen und Gymnasien müssen LehrerInnen oft über 31 SchülerInnen in einer Klasse unterrichten. An der Neuen Mittelschule (NMS) wurden 2014 die Stunden die von zwei LehrerInnen betreut werden von 12 auf 10 gekürzt. Gerade in der NMS ist die Belastung aber besonders hoch, da hier besonders viele Kinder mit unterschiedlichen Niveaus und

„Wie soll man sich in einer Klasse von 20 Schülern mit unterschiedlichen Leistungsniveaus auch um Kinder mit Beeinträchtigung (gehörlos, blind, geistig schwerst beeinträchtigt,...) kümmern“, beschreibt eine Lehrkraft. Durch die zusätzlichen (Flüchtlings-) Kinder wird die Situation noch schwieriger, weil es nicht ausreichend zusätzliche Mittel und Personal gibt. Allein in Wien wer-

Schulen: Orte des Grauens

LehrerInnen zählen laut einer WIFO-Studie zu den Berufen mit der höchsten Burnout-Gefahr. Sie stehen unter psychischer, aber auch körperlicher (Lärm) Dauerbelastung und sind mit unterschiedlichsten Problemen ihrer SchülerInnen konfrontiert. Unter den Pflichtschullehrerinnen leiden 29,3 % an Schlafstörungen (sieben Prozentpunkte mehr als in der Gesamtbevölkerung). Grund ist massive Überlastung. In rund 1.500 Klassen

hierzulande sind mehr als 30 SchülerInnen, bei den Berufsbildenden Höheren Schulen sind knapp 40% aller SchülerInnen in solchen Monsterklassen. Laut einer OECD-Studie (2009) kommt auf 29 LehrerInnen nur eine pädagogisch unterstützende Kraft (SozialarbeiterIn, PsychologIn etc.) und auf 25 LehrerInnen nur eine administrative Kraft. Zu Stundenvor- und Nachbereitung kommen administrative Arbeiten hinzu.

Aufgrund der ständigen „Reformen“ gibt es zahlreiche unterschiedliche Verträge um die KollegInnen zu spalten. In den ersten fünf Jahren werden Lehrkräfte oft nur für jeweils befristet für ein Jahr angestellt und müssen sich jedes Jahr neu bewerben. Dies schafft optimale Voraussetzungen für Stellenkürzungen. Zudem entsteht auch enormer Druck unter LehrerInnen, miserable Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

PolitikerInnen erlassen Gesetze, statten die Schulen aber nicht mit den Mitteln aus, diese einzuhalten. LehrerInnen arbeiten daher oft im rechtsfreien Raum oder illegal. Die Aufsichtspflicht richtet sich nach der körperlichen und geistigen Reife der SchülerInnen, deren Entwicklung und besonderen Eigenschaften. Bei z.T. 30 Kindern pro Klasse ist dies kaum zu beurteilen. Bei Unfällen haftet die Lehrkraft trotzdem.

Der rechte Rand

Die Staatsanwaltschaft

Graz stellt mit faden-scheiniger Begrün-dung ein Verfahren ge-gen Identitäre ein, die AntifaschistInnen ver-letzt hatten. Die sel-be Staatsanwaltschaft verwendet von Na-zi-Logik übernommene Täter-Opfer-Um-kehr, um Fred Dus-wald zu erlauben, in der FPÖ-nahen Zeit-schrift "Aula" befreite Häftlinge des KZ Maut-hausen als "Landplage" und "Massenmörder" zu bezeichnen. Justiz-minister Brandstetter merkt nur an, die For-mulierung der Ein-stellungsbegründung sei halt unglücklich und man werde das eh in der Ausbildung be-rücksichtigen. Gott-fried Strasser, Rechts-schutzbeauftragter der Justiz, findet alles voll in Ordnung. Volle Här-te, erfundene Vorwürfe gegen AntifaschistIn-nen und Linke einer-seits. Verfahrensein-stellungen und Milde gegenüber Nazis, kor-rupten PolitikerInnen und rechten Gewalttät-terInnen andererseits: Dafür ist Staatsanwalt Hans-Peter Kronawet-ter bekannt.

RechtsextremistInnen im Justizapparat sind gefährlich und einer der Gründe, warum vom bürgerlichen Rechtsstaat keine „Gerechtigkeit“ zu erwartet ist. Es beginnt mit der nie stattgefundenen Entnazifizierung der Justiz und wird fortgesetzt mit Karriereeilschaften vom reaktionären Cartellverband bis zu schlagenden Burschenschaften. Z.B. für Harald Eisenmenger (ehem. „Aktion Neue Rechte (ANR) und „Komitee zur Wahl eines nationalen DeutschÖsterreichers – Waffensstudenten für Dr. Burger“), der eine Art „oberster“ Staatsanwalt (Generalanwalt) ist. Als Richter im Bundesverwaltungsgericht wirkt Michael Etlinger, katholischer Fundamentalist und radikaler Abtreibungsgegner.

Vom 1.–4. Juli blockierten die ArbeiterInnen des slowenischen Hafens Koper die Zufahrtswege. Grund waren die Privatisierungspläne der Regierung, in die angeblich auch die ÖBB involviert sein sollen. Der Widerstand zahlte sich aus, und die Privatisierung konnte vorerst verhindert werden. Wie konnte das erreicht werden? Eine wichtige Rolle für den Erfolg von Arbeitskampf und auch Blockade spielte eine Solidaritätsbewegung, die sowohl lokal als auch international war. Von zahlreichen anderen Häfen kamen Solidaritätsschreiben, wie z.B. vom kroatischen Hafen Rijeka, der bereits privatisiert wurde. Die

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

HafenarbeiterInnen in Triest traten in einen Bummelstreik, um ihre Solidarität mit den KollegInnen zu zeigen. Doch entscheidend war die Solidarität der lokalen Bevölkerung. Eine breite Initiative wurde gegründet, um den Arbeitskampf zu unterstützen, an der eine kämpferische Basisgewerkschaft aber auch die Partei „Združena levica“ (Vereinigte Linke) beteiligt sind. Diese organisierte in Koper selbst, einer Stadt mit nur 50.000 EinwohnerInnen, eine Demonstration, an der 4.000 Menschen teilnahmen. An der Blockade beteiligten sich auch FreundInnen und Familien der Beschäftigten. Die Blockade in Koper zeigt eindrucksvoll, was der beliebte Demonstrations-Slogan „Hoch die Internationale Solidarität“ in der Praxis bedeutet. Wenn sich ArbeiterInnen auf lokaler Ebene und über Ländergrenzen hinweg solidarisieren, kann Widerstand erfolgreich sein!

Nicolas Prettnner



Gemeinsam gegen Personalabbau

Bei Wiener Flüchtlingsunterkünften sind Einsparungen geplant. Worum geht es genau?

Auswirkungen der Flüchtlingspolitik. "Weniger Flüchtlinge heißt weniger Personal", so die neoliberale

Wie wirkt sich das auf die Beschäftigten aus?

Es hat bereits elf Kündigungen beim ASB in Wien gegeben. Weitere wurden angekündigt. Dazu kommen Stundenkürzungen in Einrichtungen.

Wie haben die KollegInnen darauf reagiert?

Eine Betriebsversammlung hat sich gegen die Kündigungen ausgesprochen und Kampfmaßnahmen angedroht. Es gab auch einen Spontanbesuch bei der Geschäftsführung durch über 30 KollegInnen, um dem Nachdruck zu verleihen.

Bekommen die Flüchtlinge etwas davon mit?

Die Flüchtlinge kriegen natürlich mit, dass es Probleme und mangelnde Res-

ourcen gibt. Es gibt auch Solidarität von Flüchtlingen mit dem Personal und Protest gegen schlechte Unterbringung. So haben im Flüchtlingsheim in Erdberg viele Flüchtlinge gegen die Kündigungen unterschrieben und diese Unterschriftenliste bei einem Spontanbesuch dem Fond Soziales Wien (FSW) übergeben.

Was muss als nächstes passieren?

Es braucht Aktionen gegen die Kündigungen und die Einsparungen von Stadt- und Bundesregierung im Flüchtlingsbereich. Wichtig sind Verbindungen zu Gewerkschaftsgruppen wie „Work@Social“ oder politischen Bewegungen wie „Aufbruch“ und den Protesten vieler Flüchtlinge

Ein Kollege vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Wien berichtet über Einsparungen bei der Flüchtlingshilfe.

Während der großen Flüchtlingswelle vergangenes Jahr haben Bund und Stadt Wien viele Trägerorganisationen, wie den ASB, ermuntert, schnell Flüchtlingsunterkünfte aufzumachen. Viel zusätzliches Personal wurde angestellt. Jetzt fehlt das Geld. Der Druck auf die Trägervereine, Personal einzusparen, steigt. Dazu kommen die

rurale Logik vom Bund und der Stadt Wien. Dazu muss man wissen, dass schon 2015 nur absolute Notdienste geleistet wurden. Eine ernsthafte Betreuung der Flüchtlinge war und ist nicht möglich. Teilweise gibt es pro 50 Flüchtlinge nur eine Betreuungsperson. Viele KollegInnen fordern ein Verhältnis von 1 zu 25.

Wiener Budget: Da braut sich was zusammen!



Die Wiener Verschuldung ist hoch. Die Spatzen pfeifen es schon länger vom Dach des Rathauses: ein massives Sparpaket rollt an. In einer ersten Runde sollten die Gemeindebeschäftigten selbst Kürzungen vorschlagen. ExpertInnen werden das dann wohl „optimieren“. Hinter „Synergieeffekten“, „Sparpotential“ und „Effizienzsteigerung“ verstecken sich brutale Angriffe nicht nur auf die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, sondern auch auf

das Gesundheits- und Sozialwesen, auf Kinderbetreuung, Wohnbau und Beihilfen. Eine Beschäftigte der Gemeinde Wien berichtet von hartnäckigen Gerüchten, dass das Wiener Budget um bis zu 10% gekürzt werden sollen.

Noch gibt es keine konkreten Informationen. Doch gewiss ist, dass die SPÖ-Grün Regierung weiter kürzen wird. Von der „Wien ist viel besser als andere Städte“-Propaganda

ist der Lack längst ab. FPÖ, ÖVP und Neos, die in anderen Bundesländern selbst Sozialabbau betreiben (oder das gerne machen würden), spielen sich als Opposition auf. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten war in der Vergangenheit oft eher verlängerter Arm der SPÖ als Kampforganisation der Beschäftigten. Damit muss Schluss sein! Warten wir nicht auf die Sparkeule, sondern beginnen wir jetzt schon, Widerstand dagegen zu organisieren!

SLP-Camp: Sommer, Sonne, Sozialismus

Vom 21.– 28. August fand das SLP-Sommerncamp gemeinsam mit unserer deutschen Schwesterorganisation SAV in Kärnten/Koroška am Turnersee statt. Neben zahlreichen Mitgliedern aus Österreich und Deutschland nahmen auch GenossInnen aus Israel-Palästina, Irland und Polen teil. Bei der Auftaktveranstaltung wurde die Notwendigkeit einer revolutionären Partei betont, die den Unterschied zwischen Sieg und Niederlage einer Bewegung ausmachen kann. Neben zahlreichen Diskussionen am Lagerfeuer, am See oder bei den Bungalows gab es spannende Workshops über Revolutionen wie die Russische, jene in Haiti oder in Frankreich 1968. Diskutiert wurde u.a. über die 2. und 3. Welle der Frauenbewegung und die irische Rosa-Kampagne. Es gab historische und theoretische Themen wie die Revolution in Ungarn 1956 oder Marxismus und Psychoanalyse. Die Herausforderungen und Grenzen von Sozialarbeit im Kapitalismus standen am letzten Tag im Vordergrund. Auch die aktuelle Lage in der Türkei, sowie der Kampf von PKK/YPG und wie dieser erfolgreich geführt werden könnten, wurde diskutiert.

Weitere Themen waren 100 Jahre Widerstand der Kärntner SlowenInnen, die nationale Frage in Israel-

Palästina oder die Arbeit der irischen Socialist Party auf der Straße und im Parlament. Um die Theorie mit der Praxis zu verbinden, gab es am Mittwoch eine Kundgebung in Klagenfurt, bei der zahlreiche Zeitungen verkauft wurden. Eines der Highlights war der Bericht von zwei Gewerkschaftsaktivisten aus Slowenien, die von der Blockade des Hafens in Koper gegen die geplante Privatisierung berichteten. Ein weiterer Programmpunkt war der Besuch des Persman-Hofes, der während des Nazi-Terrors Treffpunkt und Versorgungspunkt der vorwiegend slowenischen PartisanInnen in Kärnten war.

Neben diesem hochkarätigen Programm blieb natürlich auch noch Zeit für Entspannung, Baden im See oder auch Wanderungen. Es wurden auch spontan Aktivitäten wie ein Malworkshop, ein Selbstverteidigungskurs oder ein Straßengesprächstraining organisiert. Nach sechs spannenden Tagen und erschöpfenden Badeaktionen ließen wir das Camp am letzten Tag am See bzw. am Volleyballplatz und am Abend bei einer Party ausklingen. Alle TeilnehmerInnen waren sich einig: „Nächstes Jahr wieder!“

Moritz Bauer



Foto: Janina Lenz

Aufbruch nimmt Form an

Ende Juli fand das erste Planungstreffen von Aufbruch mit über 60 Delegierten aus beinahe allen Bundesländern statt. Beschlossen wurden ein

Wien 10) forderte etwa ein, soziale Kämpfe wie den der FlüchtlingsbetreuerInnen zu unterstützen. Darauf wurden Schritte zu Vernetzung und Pro-

lohn von 1.700€ bei Arbeitszeitverkürzung und vollem Lohn. Der Herbst wird eine Bewährungsprobe für Aufbruch: Wenn es nicht gelingt, entlang

SLP-AktivistInnen setzen sich in Aufbruch für konkrete Forderungen und Aktionen ein.

Aktionstag im Herbst, eine Intervention am CE-TA-Aktionstag und ein Auftreten gegen die FPÖ im Wahlkampf. Einige SLP-AktivistInnen waren von ihren lokalen Gruppen zum Treffen delegiert worden. Sie gaben die Diskussionen der Gruppen wieder und schlugen nächste Schritte vor.

SLP-Aktivist Michael Gehmacher (Aufbruch

test gesetzt. SLP-Aktivistin Helga Schröder (Aufbruch Wien 12/23) machte klar, dass die Zeit drängt und Aufbruch eine Mobilisierung im Herbst angehen muss. Der Vorschlag einer Großdemo noch 2016 wurde leider vertagt. Dafür wurde fixiert bei den KV-Verhandlungen präsent zu sein. Dazu braucht es Forderungen, etwa nach +4% und einen Mindest-

solcher Vorschläge eine Kampagne zu entwickeln, ist eine Chance vertan. Durch eine aktive Kampagne können auch neue Schichten gewonnen werden. Die SLP wird die Mobilisierung für den „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“-Aktionstag mit voller Kraft vorantreiben.

Sebastian Kugler, Mitglied der Koordination

SLP-Salzburg gegen militante AbtreibungsgegnerInnen

Christliche FundamentalistInnen sind am 24. Juli im Rahmen ihres „1000-Kreuze-Marsches“ durch Salzburg marschiert. Dahinter steht die Organisation „Jugend für das Leben“ und ihre Forderung nach dem kompletten Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen. Die SLP ist seit Jahren für Frauenrechte aktiv und war auch Teil der Gegendemo. Sarah Krenn (SLP) hat in ihrer Rede die Möglichkeit für kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in allen Salzburger Krankenhäusern gefordert. Statt der Hetze der FundamentalistInnen braucht es mehr Geld für Kinderbetreuungseinrichtungen und Soziales. Vor dem Landeskrankenhaus hat die SLP bei einer Kundgebung die FundamentalistInnen mit Unterstützung von AktivistInnen aus Linz und Gmunden konfrontiert. Die Reaktionen von PassantInnen waren überwiegend positiv.

Stefan Reifberger



Termin des Monats



Aktionstag für Frauenrechte

Abtreibungen sind in Irland gesetzlich verboten – das tötet Frauen! Mit diesem internationalen Aktionstag wird daher der Druck auf die irische Regierung erhöht und die Kampagne in Irland unterstützt. Die SLP und „Nicht Mit Mir“ rufen zum Protest in Wien auf. Kommt vorbei und unterstützen wir die irischen Frauen im Kampf für einen sicheren und legalen Zugang zu Abtreibung.

28.9. um 17⁰⁰ Uhr

Wien 1 – Rotenturmstr./Fleischmarkt vor der Irischen Botschaft

George Takei, der Schauspieler, der bei Star Trek Sulu verkörperte, hatte 2005 sein Coming out. Im neuen Star Trek Film ist der neue Sulu nun ebenfalls schwul. George Takei hatte schon in den 60ern dem Produzenten Rodenberry einen schwulen Charakter vorgeschlagen. Aber Rodenberry lehnte mit der Begründung ab, das würde Zuschauer abschrecken. Die neuen Regisseure aber führten diese Veränderung in der neuen Filmreihe mit der Begründung durch, sie wollten George Takei Tribut zollen. Takei selbst sieht die Verwandlung nicht positiv. Er findet, dass dies ein falsches Bild über Homosexuelle hinterlässt.

Rote Seitenblicke

Nämlich das Bild, dass man die sexuelle Orientierung einfach ändern kann, da Sulu bisher ein heterosexueller Charakter war. Hinter dem radikalen Meinungsumschwung der Star Trek-Macher steckt allerdings v.a. die Maximierung des Profits. Der „LGBT-Markt“ ist in den letzten Jahren für Investitionen attraktiver geworden und verspricht Profite. „Versehentlich“ gelangte die Information über den schwulen Sulu an die Presse – ein gigantischer Werbeschachzug. Daher ist diese Entscheidung nicht als Anzeichen für eine Fortschrittlichkeit der Filmindustrie zu werten, sondern als eine im wesentlichen profitorientierte Entscheidung. Nur durch ein paar Filme und Serien wird keine Gleichstellung erreicht. Outings sind für SchauspielerInnen meist immer noch schädlich für die Karriere. Und bislang gab es auch noch keinen Oscar für offen homosexuelle SchauspielerInnen. Zufall?

Peter Hauer



„Schön is des Lebn / is die Oabeit vurbei“

„Es gibt Guate, es gibt Schlechte / wenig Linke, füle Rechte / owa ... es gibt kan Gott“: daran hielt der Liedermacher Sigi Maron bis zuletzt fest. Der über-

den Mund verbieten schon gar nicht.

Seinen Unmut über Ungerechtigkeiten, über Bevormundung, Willkür und die Dummheit im Allge-

re kritische Liedermacher auch – vom damaligen Monopolsender Ö3 „nicht einmal ignoriert wurde“; worauf er aus Protest öffentlich „mit Genuss vor das Funk-

legschaft wurde halbiert und alle MitarbeiterInnen über vierzig mit wenigen Ausnahmen gekündigt. Sonderbarerweise in erster Linie vormalige BMG-MitarbeiterInnen, ja auch zwei Sony-Betriebsräte, die ebenso wie die BMG-Betriebsräte ihre Funktionen zurücklegen mussten. Pardon: freiwillig zurückgelegt haben dürften“, hielt Maron in seinem öffentlichen Abschiedsbrief fest. Dabei „wurde gerackert, geruachelt, barabert, gehackelt – zehn, zwölf Stunden, manchmal noch länger. Jeden Tag. Jede/r Einzelne hätte den Stachanow-Orden verdient.“

„Schön is des Lebn / is die Oabeit vurbei“, sang er auf seinem Debütalbum. Maron hat seine Arbeit erledigt.

Alexander Svojtko

Mit dem widerborstigen Liedermacher Sigi Maron verlor die Linke eine ihrer lautesten Stimmen.

zeugte Kommunist und Atheist starb am 18. Juli 72-jährig.

Wo immer sich Widerstand regte, war Maron nicht weit – Arena, Abfängler, Gassergasse, Zwentendorf, Hainburg etc.: der ehemalige Ministrant Maron war dabei. Mit zwölf-saitiger Gitarre und im Rollstuhl, auf den er angewiesen war – an ihn gefesselt war er nicht; der Mann ließ sich nicht fesseln, und

meinen äußerte der Musiker dabei immer unmissverständlich bis derb: „Meine Lieder waren nicht das, was die Musikindustrie als Bestandteil der kapitalistischen Weltordnung haben will. Aufsässig, widerborstig, schwer verdaulich, mit dem Vokabular der Straße und viel zu direkt. Die Dinge beim Namen nennen, nicht blöd herumreden.“ Kein Wunder also, dass Maron – wie ande-

haus brunzte“ (O-Ton Maron). Es folgten Festnahme und Einweisung in die Psychiatrie. Maron blieb unbeindruckt widerständig, frei nach dem Refrain der „Ballade von ana hoatn Wochn“: „Leckt’s mi am Oasch!“

Im Brotheruf arbeitete Maron als Buchhalter bei der Plattenfirma BMG/Ariola bis der Betrieb mit Sony fusioniert wurde: „Die Be-

Brot und Spiele in Brasilien

Brasilien steckt in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise. Seit Monaten gibt es Proteste. Bei der Eröffnung der Olympischen Spiele demonstrierten 30.000 gegen die aktuelle Regierung. Das Olympische Feuer brauchte Polizeischutz. Die Widersprüche spitzen sich zu. LehrerInnen erhalten seit Monaten kein Gehalt. Beim Budget für den Bildungsbereich wurde gekürzt, um Geld für die Spiele umzuleiten, die 10,5 Mrd. Euro verschlingen. Seit 2009

bekannt wurde, dass die Olympischen Spiele 2016 in Brasilien ausgetragen werden, begann die Regierung Favelas (Armenviertel) abzureißen, um Platz für Stadien usw. zu schaffen.

Die Regierung hat mit der Begründung der Gefahr terroristischer Anschläge während der Spiele ein Antiterrorgesetz verabschiedet. Auf Druck der Linken wie PSOL wurde ein Absatz gestrichen, der Potential gehabt hätte, politische Opposition zu un-

terdrücken. Denn das neue Gesetz dient v.a. dazu, Bewegungen in Zukunft zu kriminalisieren und so soziale Proteste zu verhindern. Die Herrschenden versuchen den Schein der Ruhe wahren. Doch während Ressourcen TouristInnen und AthletInnen zur Verfügung gestellt werden, muss die brasilianische Bevölkerung dafür bezahlen. Oft mit rassistischer Polizeigewalt, Kürzungen und Nichtbezahlung der Löhne.

Theresa Reimer





Soziale Verwüstung am Balkan

In den 1980ern konnte man noch ohne große Grenzkontrollen von Belgrad nach Wien reisen. Heute ist dieser Weg geprägt von Grenzzäunen, Jagd auf Flüchtlinge und sozialem Verfall. Der Zerfall Jugoslawiens, der wachsende Nationalismus und das Durchsetzen kapitalistischer Prinzipien wurden sowohl von den „eigenen“ Eliten, als auch vom Westen vorangetrieben. Heute ist die Region geprägt von Nationalismus, Armut und Korruption.

Auch auf politischer Ebene ist diese Dominanz kaum zu übersehen: Bosnien ist de facto eine EU Kolonie. Das oberste Amt wird von einem EU-Diplomaten (dem Österreicher Valentin Inzko) bekleidet, der undemokratisch eingesetzt wird und weitreichende Rechte hat: Gesetze ohne Parlament zu beschließen oder zu verhindern, und Nato-Einsätze anzuordnen. Ähnliches gilt für Kosovo/a.

Die soziale Lage und das Nord-Süd Gefälle sind seit Wiedereinführung des

18-34jährigen muss noch bei den Eltern leben, weil sie sich keine Wohnung leisten können. In den anderen Ländern sieht es noch weit düsterer aus: in Kosovo/a gibt es eine Arbeitslosenrate von 40 %, bei Jugendlichen sogar 70%. 34% leben in absoluter Armut (täglich verfügbares Einkommen geringer als € 1.55) und 12% in extremer Armut (€ 1.02) und Kosovo/a hat eine der höchsten Säuglingssterblichkeiten Europas.

Während der Flüchtlingskrise wurde die

Die nationalen Spannungen sind auch heute noch präsent und können wieder aufbrechen. In Bosnien, Kosovo/a und anderen Ländern versuchen lokale Eliten noch immer, nationale Konflikte für ihre Interessen zu nutzen.

Ein Beispiel ist die kroatische Stadt Vukovar, die in Jugoslawien die zweitreichste Stadt der Region war. Hier streikten serbische und kroatische ArbeiterInnen 1987 noch zusammen und besetzten das Parlament. Heute liegt das BIP pro Kopf weit un-

na vodi vertreibt ArbeiterInnen aus ihren Vierteln, um Wolkenkratzer für die Eliten des Landes und der ganzen Welt zu bauen. Die soziale Lage hat sich auch hier seit den 1990er Jahren verschlechtert. Drogen und Mafia üben eine wichtige Machtposition aus, Serbien ist Hauptexporteur von Piko, einem Abfallstoff von Chrystal Meth. Doch immer mehr Menschen wollen diese Situation nicht mehr länger akzeptieren und es brodeln in der ganzen Region. Ein gutes Beispiel dafür sind die Massenproteste in Belgrad unter dem Slogan „Lassen wir Belgrad nicht ertrinken“ gegen das oben beschriebene Bauprojekt. Schon mehrmals gingen Zehntausende auch trotz staatlicher Repression auf die Straße. Auch in Bosnien, Slowenien und in Makedonien zeigt die ArbeiterInnenklasse in Massenprotesten gegen Korruption ihre Kampfbereitschaft. Trotz Korruption, Armut und Nationalismus gibt es am Westbalkan jede Menge Widerstand.

Alec Jakolic

Am Balkan hat der Kapitalismus sein wahres Gesicht gezeigt in Form von Krieg, wirtschaftlicher Verelendung und sozialen Verschlechterungen.

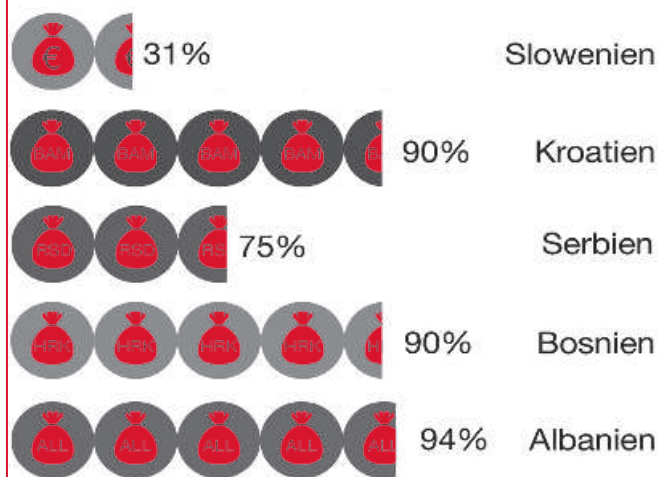
Internationale Konzerne und Institutionen dominieren den Westbalkan. Überall sieht man Lidl und Filialen von österreichischen Banken und Versicherungen. In Kroatien fließt ein großer Teil der Einnahmen aus dem Tourismus in ausländische Hände.

Kapitalismus nur noch schlimmer geworden, und auch in den einzelnen Staaten wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer: 13% sind in Slowenien armutsgefährdet, v.a. Junge haben wenig Perspektiven. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch und die Mehrheit der

Hauptlast auf die Länder am Balkan abgeladen. Obwohl die Situation nicht mehr so angespannt ist wie 2015, kommen auch im Sommer 2016 pro Tag ca. 500 Flüchtlinge nach Serbien und sitzen dort wegen Grenzzäunen und Obergrenzen fest.

ter kroatischem Durchschnitten und die Stadt ist zwischen KroatInnen und der serbischen Minderheit gespalten.

In der serbischen Hauptstadt Belgrad merkt man die Auswirkungen des Kapitalismus besonders stark. Das neoliberale Bauprojekt Beograd

BANKEN IN AUSLÄNDISCHER HAND

Neokolonialistische Ausbeutung

- **2700 Wasserkraftwerke** sind momentan auf dem Balkan geplant. 535 davon in strengen Schutzgebieten. Österreichische Firmen und Banken sind dabei besonders stark involviert. Die österreichische Firma „ENSO Hydro“ leitete trotz Protesten Wasser aus einem Nationalpark ab und legte ihn damit trocken.
- **Gegen zwei Personen** von WTE (deutsche Tochterfirma von EVN) laufen, gemeinsam mit vier weiteren, Ermittlungen wegen Bestechung und Untreue im Zuge des Baus einer Kläranlage in Zagreb. Die Stadt Zagreb und das Projekt sollen um insgesamt 6 Mio. € geschädigt worden sein.
- **Das ehemals** zweitgrößte österreichische Bauunternehmen Alpine stand vor seiner Pleite am Balkan für dubiose Geldflüsse und Korruption. Aufträge wurden an Firmen von Alpine-Mitarbeitern vergeben. Über Scheinrechnungen und Beratungsfirmen sind in zwei Jahren mindestens 6 Mio. € in dunkle Kanäle geflossen.
- **Österreichische** Banken halten 85% des Finanzsektors in Bosnien-Herzegowina. Die Raiffeisenbank hat einen Marktanteil von ca. 30%, gefolgt von der Ersten Group mit ca. 8%. Es wird aber

nicht in die Wirtschaft investiert, sondern v.a. Kredite vergeben.

- **Österreichische** Firmen kontrollieren mit knapp einem Viertel der ausländischen Investitionen am Balkan einen großen Teil der Profitmasse, die aus dem Land fließt.
- **Der kroatische** Journalist Hrvoje Appelt bezeichnete die Hypo-Bank als eine der größten kriminellen Organisationen in Kroatien – mit mächtigem politischem Hintergrund und Protektion von höchster Stelle.
- **Die Privatisierungen** führten, egal ob mittels Pyramidenschema wie in Albanien oder Vouchern wie in Bosnien, überall dazu, dass sich eine kleine heimische Elite gemeinsam mit ausländischen GroßinvestorInnen die Wirtschaft einverleibte. Die Bevölkerung ging leer aus.
- **In Bosnien** sind in Folge der Kürzungen im Gesundheitswesen nur ca. 60% krankenversichert.
- **Auf Druck** der EU wurden in Kroatien Staatsunternehmen, vor allem in wichtigen Bereichen wie Schiffsbau, Logistik, Telekommunikation, Öl- und Medizinalindustrie, privatisiert. Das kostete zehntausende Arbeitsplätze, die nie wieder ersetzt wurden.

Thomas Hauer

Der Westbalkan als Spielball des Imperialismus

Serbien müsse „seine Hausaufgaben machen, um in die EU aufgenommen zu werden“ erklärte die ehemalige österreichische Außenministerin Plassnik 2008. Solche „Hausaufgaben“ bedeuten in Serbien, dass allein 2016 im Öffentlichen Dienst 20.000 Jobs abgebaut

tige Verbesserungen für die Bevölkerung erreicht. Doch die Erfolge blieben beschränkt. Tito setzte, ganz in stalinistischer Tradition, nicht darauf, revolutionäre Bewegungen regional und international zu unterstützen. Er setzte auf „Sozialismus in einem Land“, was im

jugoslawische Bundesregierung zu Fall zu bringen. Die Mehrheit der jugoslawischen ArbeiterInnen und Jugendlichen antworteten auf die Krise Jugoslawiens mit gemeinsamem Widerstand und nicht mit Nationalismus.

Vielmehr waren es die verschiedenen nationalen Bürokratien in den Teilrepubliken, die verstärkt auf die nationalistische Karte setzten, um sich den Zugriff auf Betriebe und das Vermögen der jeweiligen Republiken zu sichern. Teile der alten Bürokratie wurden zu den neuen KapitalistInnen, schwach, oft vom Ausland abhängig und deshalb besonders korrupt und auch mit mafiosen Mitteln. Zusätzlich heizten westliche Akteure die Situation weiter an. Die Regierungen von Österreich und Deutschland gehörten zu den stärksten Unterstützern einer Unabhängigkeit von Slowenien, Kroatien und Bosnien, da sie sich aus einem Zusammenbruch Jugoslawiens neue Profitmöglichkeiten erhofften. Der erste Auslandsbesuch des kroatischen Premiers Tudjman war auf Einladung der Industriellenvereinigung Österreich.

Aber sogar noch vor Beginn des Bosnienkrieges 1992 nahmen in Sarajevo 1991 bis zu 100.000 an Friedensprotesten teil. Die Menschen desertierten massenweise aus der Volksarmee, und nicht nur in den Kriegsgebieten. In Serbiens Hauptstadt Belgrad war der Anteil von Wehrdienstverweigerern mit 85% besonders hoch. Und auch während die ganze Region in

EU, IWF, Weltbank, OECD & Co...

werden sollen. EU, IWF & Co. meinen damit harte, von oben verordnete „Reformen“ (Privatisierungen und Sozialabbau) als einzigen Ausweg für die scheinbar aussichtslose soziale, politische und wirtschaftliche Situation am Westbalkan. Noch immer ist das BIP der Region auf einem niedrigeren Level als 1989. Die Arbeitslosigkeit liegt in den meisten Ländern bei ca. 20%. Und Bosnien gilt als der korrupteste Staat Europas.

Schon seit Jahrhunderten ist die Region Spielball verschiedener Großmächte. Die Balkankriege 1912–13 waren Vorboten des 1. Weltkriegs, der am Balkan besonders schlimm wütete. Österreich, Russland, das Osmanische Reich und Italien kämpften um die Vorherrschaft in der Region. Im 2. Weltkrieg errichtete Nazi-Deutschland in Zusammenarbeit mit lokalen FaschistInnen (Ustascha & Co.) in Jugoslawien ein brutales Besatzungsregime.

Der Partisanenbewegung unter Tito gelang es, die Nazis aus dem Land zu jagen. Durch die Abschaffung des Kapitalismus wurden wich-

Endeffekt zu einer Abhängigkeit von westlichen Krediten führte. Die Auslandsschulden Jugoslawiens verdreifachten sich so in den 1970ern. Das ermöglichte es Institutionen wie dem IWF (Internationaler Währungsfonds), Druck auf Jugoslawien auszuüben, um die Profitinteressen westlicher Banken und Konzerne durchzusetzen. Nationalismus war eines der Instrumente dafür. Der IWF selbst gab 2009 zu: „Die Austeritätsmaßnahmen, die der IWF Jugoslawien aufzwingen hat, sind teilweise schuld am Beginn des Krieges.“

Doch statt die ArbeiterInnen gegen das IWF-Diktat zu mobilisieren, lies die jugoslawische Staats- und Parteiführung sie zahlen. 1980–85 sank das Realinkommen um die Hälfte und die Arbeitslosigkeit erreichte die Millionenmarke. Aber gleichzeitig erreichten auch die Streiks gegen Ende der 1980er Jahre ein Allzeithoch. Es gab erfolgreiche Lohnkämpfe, Solidaritätsstreiks über (Bundes) Landgrenzen hinweg und 1986 gelang es einer landesweiten Streikbewegung, die



Nationalismus und Krieg versank, gab es bedeutende ArbeiterInnenproteste. Über den Sturz des nationalistischen Milosevic Regimes 1998 muss sogar die Financial Times berichten: „Streikkomitees, ArbeiterInnenkomitees, Besetzungen, Aussperrungen. Jugoslawien wurde überschwemmt mit Berichten von ArbeiterInnen, die gegen ihre Manager aus der Milosevic Ära revoltieren ... ArbeiterInnen haben die kommunistische Rhetorik wörtlich genommen und die Kontrolle über ihre Betriebe übernommen“. Auch

ausländische Banken kontrolliert. Der Balkan ist militärisch das wichtigste Gebiet für das österreichische Bundesheer – um die Investitionen zu schützen.

Obwohl internationale Institutionen immer behaupten, dass die Bekämpfung der grassierenden Korruption Vorrang hat, sind es ihre Maßnahmen, die den Boden dafür bereiten. Wenn die öffentliche Gesundheitsversorgung zerschlagen wird, dann ist es klar, dass Leute beim Arzt Bestechungsgelder zahlen müssen. Wenn es keine Jobs gibt, zahlt man, um ei-

die von Hypo, IWF, EU & Co.. Die Keimzellen für so ein System kann man in den unzähligen sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen sehen, die es am Westbalkan in den letzten Jahren gegeben hat – bei denen StudentInnen, ArbeiterInnen und Arme immer wieder die Initiative übernommen, scheinbar aussichtslose Kämpfe gewonnen und kurzzeitig neue Formen von Demokratie und ArbeiterInnenkontrolle von unten etabliert haben. Statt einen utopischen „besseren“ Kapitalismus zu erhoffen, braucht es eine demokratische gesamtwirtschaftliche Planung der Wirtschaft. Die Schlüsselbetriebe können unter Kontrolle und Leitung der ArbeiterInnen geführt, geschlossene Betriebe wieder eröffnet werden und zum Wohle der Allgemeinheit arbeiten. Und durch die Enteignung der korrupten Elite und die Übernahme der internationalen Unternehmen sowie den Stopp der Schuldentrückzahlung an die Verantwortlichen für Krieg und wirtschaftlichen Verfall (IWF, EU und Co.) könnten endlich genug finanzielle Mittel für eine Ausfinanzierung öffentlicher Dienste zur Verfügung stehen. Für so eine (sozialistische) Alternative braucht es den gemeinsamen Kampf von ArbeiterInnen und Jugendlichen in der gesamten Region. Dieser hat in der Vergangenheit immer wieder nationale Spannungen zu überwunden. Nur so kann es gelingen, Jahrhunderte der imperialistischen Unterdrückung ein für alle mal zu beenden.

Christoph Glaninger

... am Balkan werden die Interessen des Kapitals beinhart durchgedrückt.

in Kroatien waren es 1998 große Gewerkschaftsproteste, die eine nationalistische Regierung zu Fall brachten.

Das zeigt, dass der Krieg mitsamt Nationalismus und ethnischen Säuberungen nicht von unten kam, sondern ein Resultat der machtpolitischen Spiele der lokalen und internationalen Eliten war.

Der Balkan diene dem internationalen Kapitalismus genauso wie Osteuropa als Lösung, um die angestauten Kapitalberge zu investieren. Unsummen wurden in den Bankensektor gesteckt, Land und Immobilien aufgekauft und lokale Firmen ausgeweitet. Z.B. werden heute ca. 74% des serbischen bzw. 97% des bosnischen Bankensektors durch

nen zu bekommen. Von den Millionenbeträgen, die im Unternehmensbereich illegal die Besitzer wechseln, ganz zu schweigen. Europäische Firmen sind nicht Opfer, sondern Täter – sie verhalten sich alles andere als „sauber“.

Die Geschichte des Balkan zeigt, dass es schon immer die Zusammenarbeit von Imperialismus mit lokalen Eliten war, die die Region in Armut und Abhängigkeit gehalten haben.

Ein Ausweg für die Region kann nur gelingen, wenn ArbeiterInnen und Jugendliche Wirtschaft und Politik aus den Händen von Kapitalismus und Imperialismus reißen und von unten ein demokratisches sozialistisches System aufbauen, in dem die Interessen der Menschen zählen und nicht



Marx aktuell

Auf den ersten oberflächlichen Blick erscheint der Titoismus als passable Alternative zum Moskau-Stalinismus. So urteilte Tito mit voller Berechtigung: „Bei Stalin war jedes Verbrechen möglich, denn es gibt kein einziges, das er nicht begangen hätte.“

Die Grundlage des Titoismus bildete der antifaschistische Befreiungskampf der PartisanInnen. Darüber hinaus war der Kapitalismus gegen Ende des Krieges zu Recht als verantwortlich für die faschistische Barbarei in Verruf geraten. Die antifaschistische Einheit führte zur Zurückdrängung des Nationalismus und in Folge der Gründung eines multi-ethnischen Staates mit Minderheitenrechten, was sich massiv von all dem unterschied, was Kapitalismus und Imperialismus zuvor bescherten. Die Überwindung des Kapitalismus ermöglichte eine spürbare Verbesserung im Lebensstan-

Titoismus: Gegner oder Variante des Stalinismus?

dard. Jugoslawien konnte eine relative Unabhängigkeit gegenüber dem „großen Bruder“ in Moskau halten; anders als Länder wie Ungarn oder die DDR.

Leider sind diese positiven Punkte zu wenig, um Tito-Jugoslawien zur sozialistischen Alternative erklären zu können. Handelte es sich um ein (besonderes) stalinistisches System oder um einen ArbeiterInnen-Staat, der das Potential hatte, sich zu einer echten sozialistischen Gesellschaft entwickeln zu können? Leo Trotzki stellte 1936 klar: „*Der Sozialismus benötigt Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff*“. Doch auch in Tito-Jugoslawien fehlte ArbeiterInnen-Demokratie, die vermittels eines lebendigen Räte-Systems auf allen Ebenen vom Dorf bis zur landesweiten Verwaltung wirken müsste. Es festigte sich auch in Jugoslawien eine abgehobene Bürokratie, wenn auch mit Besonderheiten. So versuchte sie, in den Betrieben ArbeiterInnen Möglichkeiten der Mitgestaltung zu geben, um Druck abzubauen und die Produktivität zu erhöhen. Doch dieses freundlich klingende Wort der „Arbeiterselbstverwaltung“ darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die relevanten Entscheidungen von KP-Spitze und durch die von Ministerien ernannten Direktionen kamen. Zunehmend gerieten die Interessen der Bürokratie in Widerspruch zur gesamten Gesellschaft, v.a. ab den wirtschaftlichen Krisenzeiten der späten 70er und 80er. Auf eine Serie von Massenstreiks ab 1986 reagierte man von oben mit dem Anheizen des Nationalismus. Die Einleitung marktwirtschaftlicher Maßnahmen, die letztlich zur Gegenrevolution führen sollten, geschah in Jugoslawien sogar zu einem früheren Zeitpunkt als in der Sowjetunion.

Auch spielt jedes Land, in dem kein Kapitalismus herrscht, im Prozess der internationalen Revolutionen eine enorme Rolle. Hierbei zielte die Bürokratie bewusst darauf ab, sich mit den kapitalistischen Eliten eine Art „unabhängige“ und gesicherte Position auszuverhandeln. Dieses „Sozialismus in einem Land“-Konzept bedeutet ein Arrangement mit dem Imperialismus. Die Folgen waren absurd: Jugoslawien blieb sogar im Vietnam-Krieg formal „neutral“. Die durch die speziellen Bedingungen entwickelte jugoslawische „Blockfreiheit“ hatte ähnlich negative Auswirkungen für viele anti-kapitalistische und revolutionäre Bewegungen weltweit wie die Außenpolitik des „klassischen“ Stalinismus. Trotz Unterschieden und Konflikten war der Titoismus letztlich nur eine Spielart des Stalinismus mit allen negativen Folgen.

Franz Neuhold



Es tut sich mehr als Tito-Nostalgie!

Auch wenn das Flüchtlingsthema die Schlagzeilen prägt: am Balkan tut sich viel mehr. Proteste in Serbien, Streiks in Slowenien, Massenproteste in Mazedonien – diese Seite ist zu kurz, um auch nur annähernd einen Überblick über die Vielzahl an Protesten zu geben. Der Aufschwung von sozialen Bewegungen und neuen linken Gruppen ist ein bal-

Unibesetzungen und große Demonstrationen gingen oft in die Besetzung öffentlicher Plätze über. Hier wurden Volksversammlungen (Plenas) organisiert. Die Plenumsidee spielte später auch in Bosnien und anderswo eine wichtige Rolle.

Explosiv ist auch die Wut über die korrupte Elite, die etwa zu Massenprotesten gegen den Bürger-

Insgesamt haben die sozialen Bewegungen am Balkan das Potential, den Nationalismus zurückzudrängen. Dies zeigte sich besonders in Bosnien, wo sich alle drei Volksgruppen an den Protesten beteiligten: 2014 kämpften in der bosnischen Industriestadt Tuzla ArbeiterInnen für die Auszahlung ausstehender Löhne. Dabei wurde eine Straßen-

gung in Bosnien 2014 von enormer Bedeutung. Valentin Inzko, österreichischer Diplomat und "Hoher Repräsentant" von UNO und EU in Bosnien schloss damals ein Eingreifen von EUFOR-Soldaten nicht aus. Ein klares Signal, dass UNO/EU-Truppen im Ernstfall gegen die protestierende Bevölkerung stehen.

Ein Ergebnis der Stimmung von Wut und Widerstand ist auch die Entstehung neuer linker Formationen. Eine der bekanntesten ist die "Vereinigte Linke" in Slowenien. Dieser Zusammenschluss aus drei Gruppen bekam bei den Parlamentswahlen 6% und sitzt mit drei Abgeordneten im slowenischen Parlament. In Mazedonien könnte die neue linke Partei "Levica" den Sprung ins Parlament schaffen. Die Entstehung solcher Organisationen ist ein Schritt vorwärts. Nun kommt es darauf an, was sie konkret machen.

Egal ob alt oder jung: überall am Balkan spürt man eine große Tito- und Jugoslawiennostalgia. Auch in den neuen linken Strukturen ist grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein Thema. Der Nationalismus wird abgelehnt. Die Gefahr ist aber, dass die Ängste von nationalen Minder-

heiten unterschätzt werden. Offen ist auch, wie sich die neuen Gruppen entwickeln. Manche wünschen sich eine nationale Eigenständigkeit unter antikapitalistischen Bedingungen. "Sie haben uns vor 20 Jahren gefragt, ob wir unabhängig sein wollen – nicht ob wir den Kapitalismus wollen" stellte ein Redner bei den Protesten gegen die Privatisierung des Hafens im slowenischen Koper klar. Eine brave angepasste und auf die EU schielende Linke wird keine Antworten auf die soziale Katastrophe am Balkan haben. Auch unkritische Nostalgie bietet keine Antwort. Um soziales Elend und Nationalismus zu überwinden, braucht es kein abstraktes "neues Jugoslawien", sondern den konkreten Kampf gegen den Raubbau an der Zukunft der Menschen am Balkan. Die existierenden Proteste und Kämpfe können auf ihrer gemeinsamen Grundlage zusammengefasst werden: der kapitalistischen Ausbeutung und ihrer dramatischen Folgen. SLP und CWI werden ihren Beitrag in den sozialen Kämpfen und im Entstehungsprozess linker Gruppen leisten, um eine antikapitalistische, sozialistische Perspektive zu entwickeln.

Michael Gehmacher

Nach Nationalismus und Krieg spielen heute am Balkan soziale Kämpfe und neue linke Gruppen eine wichtige Rolle.

kanweites Phänomen. Vor einigen Jahren bildeten sich an den Hochschulen Sloweniens und Kroatiens neue Studierendenorganisationen und balkanweit organisierten Belegschaften in vielen Betrieben Widerstand. In Serbien z.B. gab es 2009 bis zu 30 Streiks pro Tag in über 100 Unternehmen und mit über 30.000 Beteiligten. Berühmt wurde u.a. die Besetzung und Weiterführung unter Belegschaftskontrolle des Pharmaunternehmens Jugoremedija.

Oft vernetzt sich der Widerstand in „Foren“. Beim Kampf gegen die Studiengebühren kam es in Slowenien und später in Kroatien zu Massenbewegungen.

meister von Maribor 2012 führte. Unter dem Motto "Sie sind alle fällig" gingen Zehntausende landesweit auf die Straße. Die AktivistInnen sahen sich als Bewegung gegen die herrschende Politik an sich und nicht nur gegen einzelne Parteien. Bemerkenswert auch der Schulterschluss zwischen Studierendenprotesten und ArbeiterInnenbewegung. In Kroatien protestierten StudentInnen und ArbeiterInnen, verschiedene Bündnisse entstanden. Ein wichtiger Schritt war die Gründung der "Radnicka Fronta" (Arbeiterfront). Sie sieht sich als neue, antikapitalistische Partei, die in soziale Bewegungen eingreift.

kreuzung besetzt. Die polizeiliche Räumung löste Massenproteste von Jugendlichen und ArbeiterInnen in ganz Bosnien aus. In Tuzla, Sarajevo und Zenica kam es immer wieder zu Straßenkämpfen. In einzelnen Regionen traten die Regionalverwaltungen zurück. An den Universitäten und in öffentlichen Gebäuden wurden Plenas organisiert, die anfangs als "Volksversammlungen" einen Machtanspruch gegen die herrschenden Eliten stellten, später aber zu Diskussionsforen verkamen. Durch ihren internationalen Charakter und die Verbindung von ArbeiterInnen und Jugendlichen war die Bewe-

Folter in Haft: Ein Systemproblem

Bilder aus der Jugendanstalt in Northern Territory, Australien, erschüttern die Weltmedien. Ein Jugendlicher (17) wurde monatelang von Wärtern gefoltert und missbraucht. Ein schrecklicher Vorfall, der aber kein Einzelfall ist. In Wien gab es allein 54 gemeldete körperliche Übergriffe im Gefängnis Josefstadt seit 2010. In den USA, Britannien, Australien oder in Österreich, ob in Jugend- oder Erwachsenenanstalten: es stellt sich die Frage „Was kann man dagegen tun?“. Egal, warum jemand im Gefängnis ist – Misshandlung hat niemand verdient. Das Problem liegt im System der Gefängnisse. Haft bedeutet einen extremen Fall von Macht über Menschen. Dass diese Macht immer wieder missbraucht wird, liegt in der Natur der Sache. Die Antwort darauf muss echte Kontrolle sein, die es aber nicht gibt. Wenn sich die Verantwortlichen gegenseitig kontrollieren, werden sie sich oft gegenseitig schützen. Echtes Problembewusstsein gibt es hier nicht: Auf die Aufdeckungen von Vergewaltigungen in Gefängnissen 2014 reagierte die damalige Justizministerin Beatrix Karl mit „Strafvollzug ist kein Paradies“. Entgegen allen Lippenbekenntnissen geht

es in Gefängnissen immer noch darum, Menschen zu brechen, nicht sie auf ein Leben außerhalb vorzubereiten. Kriminalität wird so nicht verhindert. Häftlinge sind in vielen Bereichen rechtlos. So haben sie, obwohl sie häufig arbeiten, kein Recht sich gewerkschaftlich zu organisieren oder einen Betriebsrat zu gründen. Wählen dürfen Häftlinge, die über ein Jahr sitzen erst seit 2013! Demokratische Strukturen wären der beste Schutz vor Willkür und Übergriffen. Als „Häftlingsräte“ organisierte InsassInnen könnten sich gemeinsam wehren und an WärterInnen und Gefängnisleitung vorbei nach außen wenden. Sie sollten Teil von gewerkschaftlichen Strukturen werden, um einen Draht raus aus dem System Gefängnis zu anderen ArbeiterInnen zu haben. Viele Probleme in Gefängnissen kommen auch aus einer Unterfinanzierung. Wenn einE WärterIn alleine für zig Gefangene verantwortlich ist, ist das eine Überforderung und das steigert die Gefahr von Übergriffen. „Häftlingsräte“ könnten auch hier aktiv werden und eigene Forderungen aufstellen, die ihre Situation und auch die der WärterInnen verbessern könnten.

Nikita Tarasov



Ausbildungspflicht: Keine Lösung

Ab Herbst wirkt die Ausbildungspflicht. Das bedeutet, dass alle unter 18jährigen nach der Schulpflicht

einander, weil es danach trotzdem schwer ist, eine Arbeit zu finden. Zudem werden Verstöße mit Geld-

ter gekürzt. Ein Blick auf schon existierende Ausbildungsmaßnahmen lässt es fraglich erscheinen, wie qualitativ die Ausbildungen wirklich sein werden.

Die Ausbildungspflicht wirkt Armut und Arbeitslosigkeit nicht entgegen. Durch diese Maßnahme werden keine Jobs geschaffen. Dafür bräuhete es z.B. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn. Doch das widerspricht der Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Dagegen müssen wir uns organisieren, denn dieses System muss überwunden werden, um einen sicheren Lebensstandard für alle Menschen erwirken zu können.

Lucia Pammer

Das (Ver)stecken Jugendlicher in Zwangsmaßnahmen baut die Arbeitslosigkeit nicht ab.

verpflichtet sind, entweder eine weiterführende Schule oder eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung zu beginnen. Diese Maßnahme soll Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Doch das neue Gesetz wird im besten Fall zu besser ausgebildeten arbeitslosen Jugendlichen führen. Und zu mehr Druck und Konkurrenzkampf unter-

strafen von 100-500€ bestraft.

Für die Abwicklung der Ausbildungspflicht sind in allen Bundesländern Koordinierungsstellen geplant. Ab 2019 wird das Sozialministerium jährlich rund 80 Millionen Euro für die Ausbildungspflicht aufbringen. Zugleich wird im Bildungssystem z.B. beim Lehrpersonal immer wei-

Mordanschlag auf Antifaschisten in Dortmund

Am 14. August wurde ein Antifaschist in der Nähe seiner Wohnung überfallen. Drei Vermummte lauerten ihm auf, schlugen auf ihn ein, ein Angreifer stach mit einem Messer zwei Mal zu. Der Angegriffene war bereits am 1. August Opfer einer Attacke von Dortmunder Nazikadern geworden. Dortmund hat seit Jahren ein Naziproblem. Gewalt und Einschüchterung gegenüber MigrantenInnen und politisch Andersdenkenden sind an der

Tagesordnung. Mit dem jüngsten Angriff hat der Terror, der von den Nazis ausgeht, eine neue Dimension erreicht. Auf einen Antifaschisten, der kurz zuvor namentlich Anzeige gegen Dortmunder Nazi-Kader erstattet hatte, wurde ein Mordanschlag verübt! AntifaschistInnen der Partei „die Linke“, sowie der SAV (deutsche Schwesterpartei der SLP), organisieren nun mit einem breiten Bündnis Widerstand gegen die Nazi-Gefahr.

Rückgratspender des Monats Bernie Sanders



Der Doch-nicht-US-Präsidentschaftskandidat unterstützt nunmehr Hillary Clinton – obwohl die Demokraten alles taten, um seine eigene Kampagne zu sabotieren, von der sich Millionen eine Alternative zu den Parteien der Wall Street erhofften. Sanders hat die Bewegung verkauft – eine Partei der 99% kann und muss auch ohne ihn aufgebaut werden.





Ein Heulen der Ungläubigkeit erhob sich angesichts von 52% für Leave (Austritt aus der EU) im Brexit-Referendum. Behauptungen, dass das Wahlvolk, zum Hauptteil ArbeiterInnenklasse, nicht intelligent genug wäre, um die Folgen abschätzen zu können und Rufe nach einem neuen Referendum füllten die kapitalistischen Medien. Lei-

Farage trat zurück, Boris Johnson nahm von einer Kandidatur für die Parteiführung Abstand.

Labour und Corbyn führen die Umfragen an. Der rechte Flügel in Labour inszenierte aus Angst vor Neuwahlen und einem Labour-Wahlsieg unter Corbyn einen Putsch gegen diesen. In Labour herrscht Bürgerkrieg. Es sind zwei

gegen das Establishment. Die Rolle von UKIP und den rechten Kräften innerhalb der Tories und ihre rassistische Kampagne, die die Sorge über Migration nutzte, wurde von den Medien hochgespielt. Es gibt eine Zunahme von Rassismus, dem wir von links durch die Verteidigung sozialer Rechte kontern müssen. Aber selbst die Sorge über Migrati-

Im Unterschied zu Österreich liegt UKIP als rechtspopulistische Partei bei nur 16%, während Labour die Umfragen anführt. Am Tag vor dem Referendum hatten LehrerInnen für Streikaktionen am 5. Juli gestimmt, und eine kleine Streikwelle bei Eisenbahnen und BäckerInnen hatte begonnen. Diese Entwicklungen zeigen, dass das Referendum keine reaktionäre Stimmung innerhalb der ArbeiterInnenklasse ausdrückt. In Wirklichkeit sahen viele ArbeiterInnen das Referendum als Chance, um der verhassten Tory-Regierung eins auszuwaschen.

Leider war Labour trotz ihres linken Vorsitzenden Corbyn für einen Verbleib in der EU, obwohl Corbyn selbst lange als Gegner der EU bekannt ist. Die Position von Labour war mit jener der Tory-Regierung quasi ident. Hätte Corbyn eine klare sozialistische und internationalistische Position eingebracht, hätte er seine Unterstützung innerhalb und außerhalb von Labour ausbauen können. Es war ein Fehler und eine vergebene Möglichkeit Labour an die Spitze der Austrittsbewegung zu setzen und das Thema von links zu besetzen.

So waren beide Seiten der Debatte von den

Rechten dominiert. Die ArbeiterInnen reagierten aber positiv auf die Argumente der linken „Leave“-Kampagne der Trade Union and Socialist Coalition (TUSC) und der Socialist Party (CWI in England&Wales). Wir erklärten, dass die EU für die Interessen der großen Konzerne steht. Sie ist eine kapitalistische Institution und steht als Teil der Troika an der Spitze des internationalen Neoliberalismus. Wenn eine Labour-Regierung unter Corbyn an die Macht käme und Politik gegen die Interessen der KapitalistInnen umsetzen würde (z.B. durch Verstaatlichungen), würde sich die Troika querlegen. Griechenland hat das gezeigt. Unsere Alternative muss internationale Solidarität der ArbeiterInnenklasse in Europa sein sowie ein Brexit auf sozialistischer Basis, der gleichzeitig mit dem Kapitalismus bricht, als erster Schritt hin zu einer sozialistischen Föderation Europas.

Roger Bannister

Socialist Party

www.socialistparty.org.uk

Mitglied des

Bundesleitungsgremiums
der Gewerkschaft UNISON
(dient zur Kenntlichmachung
der Person)

Brexit ist v.a. eine Niederlage der herrschenden Klasse in Britannien und Europa.

der schlossen sich viele Linke, die die Remain (in der EU bleiben)-Position unterstützt hatten, dem Chor an. Sie befürchteten eine reaktionäre Welle und dass Boris Johnson, der in der Leave-Kampagne eine prominente Rolle gespielt hatte, die Führung der konservativen Tories und die Position des Premierministers übernehmen würde.

Das Brexit-Votum war in Wirklichkeit eine Niederlage der herrschenden Klasse in Britannien und Europa. Sie hat die in der Gesellschaft bereits existierenden Widersprüche zugespitzt. Sie hat die Tories und die Labour Party tief gespalten. Cameron trat zurück, UKIP-Chef

Parteien in einer. Tausende AktivistInnen sind in den letzten Wochen in die Labour-Party eingetreten und drohen, die Partei wieder zu verlassen, wenn sich der rechte Flügel durchsetzt. International gesehen stärkt der Brexit die GegnerInnen der Politik der Troika – für Griechenland z.B. ist die Drohung bezüglich dramatischer Folgen eines Grexit nun wesentlich entschärft, denn die Welt steht auch nach dem Brexit-Votum noch und die Börsen sind weltweit nicht zusammengebrochen.

Das Brexit-Votum war kein Sieg des Rassismus, sondern v.a. eine Revolte der ArbeiterInnenklasse

on war nicht die Hauptmotivation für die Leave-Stimmen. Eine Umfrage nach dem Referendum nannte als Hauptgrund „Kontrollverlust“. Bei fallenden Löhnen, steigenden Hauspreisen, Kürzungen im Öffentlichen Dienst usw., war das Referendum für viele eine Möglichkeit, ihre Wut auf die Regierung und die EU-Sparpolitik auszudrücken. Ebenso sollte man Ängste aufgrund einer sich verschlechternden sozialen Situation nicht mit Rassismus verwechseln. 77% jener, die für einen Austritt gestimmt haben, denken, dass jeder der/die im Land lebt ein Bleiberecht haben sollte.

Weder Erdogan noch Militär!

VORWÄRTS sprach mit einem Aktivist*in von Sozialist*in Alternatif (CWI in der Türkei).

Was war Hintergrund des Putschversuches?

Verschiedene Teile der herrschenden Elite und des Staatsapparats stehen miteinander in Konkurrenz. Seit den letzten Wahlen herrscht eine politische Krise. Hier setzten die Putschisten an. Ihnen fehlte jedoch die soziale Basis, um den Umsturz erfolgreich durchzuführen und zu verteidigen. Ein großer Teil der Armee besteht aus Wehrpflichtigen, die die Putschisten nicht unterstützten. Erdogan nutzte den Putsch als Anlass, um seine Macht zu stärken, demokratische Rechte einzuschränken und sich in Richtung autoritäre Herrschaft zu bewegen. Er konnte seine UnterstützerInnen mobilisieren. Die AKP nutzt die Situation nun, um den Staatsapparat von ihren GegnerInnen zu säubern und die Todesstrafe einzuführen. Beide Seiten stehen für eine autoritäre Herrschaft, in beiden Fällen sind die Leidtragenden ArbeiterInnen und Arme.

Wie muss eine Alternative zu Erdogan und Militär aussehen?

Die HDP hat eine gemeinsame Erklärung mit den anderen Parlamentsparteien (Erdogans AKP, der nationalistischen CHP und der ultrarechten MHP) gegen den Putschversuch gemacht – das war ein Fehler. Aber sie beteiligen sich nun nicht an der „nationalen Einheit“ Erdogans, sondern organisieren sogar unabhängige Proteste dagegen. Das CWI in der Türkei, Sozialist Alternatif, fordert unabhängige gemeinsame Massenaktionen der ArbeiterInnenbewegung, der Jugend, der Linken und der HDP und demokratisch organisierte Selbstverteidigungskomitees gegen die Gewalt, die von AKP und Militär ausgeht. Es braucht eine politische Alternative von ArbeiterInnen und Jugend gegen die Angriffe auf demokratische Rechte, gegen die staatliche Gewalt gegen KurdInnen und gegen die neoliberale Politik, für die beide Seiten stehen. Die Krise im Nahen Osten und der Türkei ist ein Ausdruck der Krise des globalen Kapitalismus. Nur ein Kampf für eine sozialistische Gesellschaft, in Form einer freiwilligen sozialistischen Föderation des Nahen Ostens, kann einen Ausweg aus Chaos und Gewalt zeigen.



TTIP und CETA müssen weg!

Welche Folgen haben die geplanten Freihandelsabkommen für ArbeitnehmerInnen? TTIP sieht die Installierung von "Schiedsgerichten" vor, die nur dem

nen Mutterschutz. Wegen Brexit und der kapitalistischen Krise brauchen EU- und US-Kapital Erfolge und bessere Möglichkeiten, Arbeitskräfte und Ressourcen

Hofer und die FPÖ haben mit diesen Methoden kein Problem – ihre TTIP-Opinion ist plumper Stimmenfang.

Es ist gut, dass es nun Mobilisierungen gibt. Der internationale Aktionstag am 17.9. ist wichtig, kann aber nur ein erster Schritt sein. Denn Demos können die Herrschenden leicht aussetzen. Wenn einzelne Gewerkschaften gegen TTIP sind, ist das gut, aber warum gibt es keine Kampagne in den Betrieben? Auf Betriebsversammlungen könnten TTIP und CETA debattiert werden. Diese Versammlungen könnten in Kampfmaßnahmen übergehen. Dann wären TTIP und CETA schnell vom Tisch!

Helmut Svoboda

Demos und Veranstaltungen sind gut – aber wirtschaftlicher Druck aus den Betrieben ist auch nötig.

Schutz von Investitionen dienen. Sie sind nicht unabhängig, sondern von VertreterInnen des Großkapitals besetzt. Bei der Macht der Konzerne und den unterschiedlichen Vorschriften zwischen USA und Europa droht eine Anpassung nach unten. So gibt es z.B. in den USA nur einen gesetzlichen Mindesturlaub von zwei Wochen und kei-

auszubeuten.

In manchen US-Firmen herrschen bereits extrem unmenschliche Arbeitsbedingungen, wie z.B. das Anprangern von angeblich "faulen" MitarbeiterInnen oder ein Verbot von Betriebsräten. Dass dies auch bei uns vielen KapitalistInnen gefallen würde, zeigen z.B. Magna und ATV.

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Kampf um 15 \$-Mindestlohn

280 Beschäftigte des „Old Port“ befinden sich seit 27. Mai im Streik für einen Mindestlohn von 15\$/Stunde. Der touristisch genutzte Teil des Hafens in Montreal wird von der kanadischen Regierung betrieben. 40% der Belegschaft verdienen weniger als 15\$, das Einstiegsgehalt liegt unter dem quebecer Mindestlohn von 10.75\$. Das Management hat zwar eine Lohnerhöhung von 9,5% in vier Jahren geboten war aber

nicht zu Verhandlungen bereit. Weil die Löhne in den letzten Jahren im Vergleich so weit abgefallen sind, stimmten 80% der Belegschaft für den Streik. „Alternative Socialiste“ (CWI Quebec) unterstützt den Kampf aktiv. Um die Verbindung mit der 15Now Bewegung in den USA herzustellen sprach Keely Jane, Aktivistin von Socialist Alternative (USA), auf einer Demo der Streikenden über den Kampf in den USA.

www.alternativesocialiste.org

David gegen Goliath in Hongkong

Die Sprecherin von „Socialist Action“ (CWI in Hongkong), Sally Tang Mei-Ching, wird vom Großunternehmen MTR geklagt. MTR ist nicht nur verantwortlich für U-Bahnen und Züge, sondern auch einer der größten Bauunternehmer Hongkongs und ein multinationaler Konzern. Sally wird vorgeworfen, 2015 einerseits „zu großes Gepäck“ (politisches Material) in der U-Bahn mit sich geführt zu haben. Ande-

rerseits soll sie im Zuge dieses Vorfalls nicht ihre Identität preisgegeben haben. Beide Vorwürfe wird Sally am 2. September vor Gericht vorkommen widerrufen – ihr drohen Strafen von 800€ bis sechs Monate Haft. Es ist klar, dass es sich hier um politisch motivierte Schikane handelt, denn Sally ist bekannt als Sozialistin, die gegen Hongkongs Big-Business-VertreterInnen aktiv ist.

www.chinaworker.info

Generalstreik

Belgien erwartet am 29.9. eine landesweite Demonstration aller Gewerkschaftsverbände in Brüssel. Am 7.10. folgt der Generalstreik. Grund sind Angriffe der Regierung auf das Arbeitsrecht. AktivistInnen von LSP/PSL (CWI Belgien) kämpfen mit dutzenden BetriebsrätInnen für einen Aktionsplan der sich gegen die Regierung und für eine politische Alternative einsetzt.

www.socialisme.be



"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter."

Jean Claude Juncker

Demokratie? Was und für wen?

Also noch einmal: Die Stichwahl zur Bundespräsidentenwahl wird auf Klage der FPÖ wiederholt. Nicht nur unter Linken wird diskutiert, ob es legitim sei, dass die FPÖ versucht, die Wahlentscheidung so noch zu ändern. Gewiss befindet sich die FPÖ mit ihrer Wahlanfechtung juristisch im Recht. Interessanter als die Frage "Ja, dürfen die Blauen das denn?" ist die Fra-

gleichberechtigt ihre Konflikte austragen. Aber diese theoretische Gleichheit kaschiert nur die weiterbestehende ökonomische und soziale Ungleichheit. Die parlamentarische Demokratie ist in Wirklichkeit politischer Rahmen und Ausdruck der Herrschaft einer bestimmten Klasse, nämlich der Bourgeoisie. Und angesichts von Bankenrettungspaketen (bei gleichzeitiger

zen. Oder aber konsequent für ihre Klasse eintreten, d.h. sozialistische Politik, die die parlamentarische Demokratie sprengen und in Richtung einer echten Demokratie wo Menschen in ihren Betrieben, Stadtteilen etc selbst entscheiden können (Stichwort: Rätedemokratie) gehen muss. Sozialistische Klassenpolitik stößt in einer bürgerlichen Demokratie sehr schnell an deren ver-

gleichberechtigter BürgerInnen die nackte Realität von AusbeuterInnen und Ausgebeuteten gibt.

Ablehnung der etablierten Parteien und ihrer Institutionen ist Ausdruck dieser Entfremdung, wie es in verquerer Form auch die Stimmen für (scheinbar) oppositionelle, wie die FPÖ oder Trump, sind. Doch was ist nun zu tun mit dieser Entfremdung? Die beschränkte und il-

lusionärer Agitation vor einem großen Publikum genutzt werden. Auch ist die Teilnahme an Wahlen für SozialistInnen ein wertvoller Anzeiger der aktuellen politischen Verhältnisse und dafür, wie groß der Rückhalt unter den ArbeiterInnen für revolutionäre Positionen ist.

Revolutionäre MarxistInnen erkennen die parlamentarische Demokratie als Instrument der bürgerlichen Klassenherrschaft. Jede politische Freiheit und jeden reformistischen ökonomischen Fortschritt, die innerhalb dieses Rahmens erzielt worden sind, werden wir gegen die in Krisenzeiten zahlreicher und heftiger werdenden Angriffe der Herrschenden verteidigen, ohne dabei deren notwendig begrenzten Charakter zu verkennen. Dabei muss aber klar sein: Wir verteidigen zwar das, was in der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie an begrenzten Fortschritten erkämpft wurde, und beteiligen uns dafür auch an Auseinandersetzungen im Rahmen von Wahlen und Parlamentarismus. Aber unser Ziel ist kein "gereinigter" Parlamentarismus, sondern eine tatsächliche Demokratie im Interesse der ArbeiterInnen – und das kann nur eine revolutionär zu erkämpfende sozialistische Rätedemokratie sein.

Fabian Lehr

Das bisschen Demokratie, das wir bekommen, ist auch noch in der Krise.

ge "Wie steht's mit der Demokratie überhaupt?". Erst recht, wenn es sich um die Bundespräsidentenwahlen handelt, ein äußerst bedenkliches Amt mit in Krisenzeiten unabsehbaren Kompetenzen, das in den Parlamentarismus einen Ersatzkaiser hineinträgt.

Tatsächlich kracht die Demokratie an allen Ecken und Enden, denn der wirtschaftlichen folgte die politische Krise. Die Entfremdung der WählerInnen von Parteien, Regierung und Staat ist tiefgreifend und angesichts der Politik, die diese betreiben, auch verständlich. Bürgerlich-parlamentarische Demokratien präsentieren sich selbst als scheinbar neutrale Plattformen der gesamten Gesellschaft, auf denen alle

Kürzungen im Gesundheitswesen) und ähnlichem wird diese Parteilichkeit auch immer offensichtlicher. Darum sinkt die Wahlbeteiligung, während gleichzeitig neue Parteien wie Pilze aus dem Boden schießen.

Theoretisch hat jedeR das Recht, einer Partei beizutreten oder eine zu gründen. Aber bei den finanziellen Mitteln und dem Zugang zu Medien zeigt sich die ungleiche Verteilung: Die Parteien der Reichen sind auch reicher. Gewiss gibt es auch große ArbeiterInnenparteien, aber die stehen bald vor der Entscheidung: Entweder den Rahmen bürgerlicher Klassenherrschaft akzeptieren und innerhalb dieses Rahmens nur graduelle Verbesserungen umzuset-

fassungsrechtliche wie soziale Schranken. Andererseits sind die Aushöhlung von ArbeiterInnenrechten durch TTIP, Holland's Dauer-Ausnahmestand oder Thatcher's Krieg gegen die Gewerkschaften legale Maßnahmen im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Politik. Auch die auf Druck von Berlin und Brüssel eingesetzten griechischen neoliberalen "Expertenregierungen" waren Beispiele dafür, dass die Interessen der Massen in Krisenzeiten nichts wert sind.

Der für die Meisten wichtigste Lebensbereich schließlich wird von den formellen Grundsätzen politischer bürgerlicher Demokratie gar nicht berührt: Das Arbeitsleben, wo es statt theoretisch

lusionäre bürgerliche Demokratie einfach kritiklos zu verteidigen wäre ebenso falsch, wie deren beschränkte Möglichkeiten zu ignorieren. Es wäre eine Illusion, zu glauben, man könne die bürgerlich-parlamentarische Demokratie in ein Instrument proletarischer Klasseninteressen umwandeln. Aber es ist realistisch, für die politische Tagesarbeit das zu nutzen, was innerhalb ihres Rahmens zu holen ist. In erster Linie: Die Teilnahme an Wahlen ist, ohne alle Illusionen in "konstruktive parlamentarische Arbeit", ein vorzügliches Mittel für sozialistische Parteien, in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit für ihre Positionen zu schaffen. Noch nützlicher sind dafür gewonnene Sitze, wenn diese als Plattformen sozialisti-

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Im Herbst 1950 kam es in Österreich gegen das 4. Lohn-Preisabkommen zu Massenstreiks. Die ÖGB-Spitze tat alles, um das Abkommen, die Vorform der Sozialpartnerschaft, zu verteidigen und die Proteste zu kriminalisieren.

des kalten Krieges ausgeschlachtet.

In einer Bundesvorstandsitzung im Oktober 2015 widerrief die ÖGB-Spitze die Putschthese. Eine HistorikerInnenkommission wurde beauftragt und das Ergebnis liegt nun

Schritt ist auch die aktuelle ÖGB-Spitze zu sehr Teil der Sozialpartnerschaft. Aber: das Buch ist lesenswert, weil es zeigt, welche enorme Kampfkraft die österreichische ArbeiterInnenklasse 1950 entfaltete. Die vielen Einzelbiographien geben einen kleinen Einblick in das Leben von KämpferInnen. Zu den ÖGB-Ausschlüssen kamen Entlassungen in Betrieben. Hunderte streikende ArbeiterInnen bezahlten ihre Kampfbereitschaft mit einem sozialen Abstieg. Ihr Schicksal wäre ein eigenes Buch wert...

„Oktoberstreik – Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950 – Sanktionen gegen die Streikenden und ihre Rücknahme.“

ISBN 978-3-99046-204-1
ÖGB-Verlag

Oktoberstreik – Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950

Neben massiver staatlicher Repression und einer vom späteren ÖGB-Chef Olah aufgestellten Prügeltruppe gab es auch eine Hetzkampagne. Den Streikenden wurde unterstellt, eine stalinistische Diktatur errichten zu wollen. Dass die KPÖ die Streikbewegung unterstützte, wurde vor dem Hintergrund

in Buchform vor. Eine viel zu späte Genugtuung für die (meist schon verstorbenen) Betroffenen. Was dem Buch fast vollkommen fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit den politischen Motiven der damaligen ÖGB-Führung: nämlich der Einzementierung der Sozialpartnerschaft gegen die ArbeiterInnenklasse. Für diesen

SLP: Lösungen statt Frust

Ich arbeitete im Einzelhandel, bei der Post und mittlerweile im Sozialbereich. In jedem Betrieb gibt es Druck und Anspannung aufgrund des kapitalistischen Systems. Oft erlebte ich, dass KollegInnen sich mit schlechten Arbeitsbedingungen abfanden und nichts sagten, aus Angst, den Job zu verlieren und ihre Familie nicht mehr versorgen zu können. Das führt zu Frust und wirkte sich aufs Privatleben aus.

Ich selbst habe deshalb, wie so viele, zum Alkohol gegriffen. Nach kurzer Zeit verlor ich meine Wohnung und stand auf der Straße. Leider geht es vielen so wie mir damals. Sie stecken im Teufelskreis fest und haben das Gefühl, nichts ändern zu können. Oder sie wollen etwas ändern, wissen aber nicht wie. Die SLP bietet Lösungen aufbauend auf den Erfahrungen der Vergangenheit und packt das Problem an der Wurzel an

– beim Kapitalismus. Mit dem Programm habe ich mich schnell identifiziert und mir gefällt, wie damit lohnabhängige Menschen angesprochen und einbezogen werden. Ich freue mich, wenn ich mich in der Ortsgruppe einbringen und mitarbeiten kann und möchte auch anderen die Möglichkeit zeigen, selbst politisch aktiv zu werden.

Petra Oirer (26),
Erzieherin



VORWÄRTS FEST

■ 10. September – ab 17.00
■ Gudrunstraße 135
■ Wien Favoriten

Seit 1981 gibt es SLPerInnen (bzw. ihre VorläuferInnen) in Österreich. 250 Ausgaben von VORWÄRTS, der ältesten durchgehend erscheinenden sozialistischen Zeitung sind erschienen. Kein Grund, um ruhig zu werden – aber

viele gute Gründe, um ein Fest zu feiern. Und genau das machen wir.

VORWÄRTS – das Fest!

Samstag den 10. September **ab 17⁰⁰** in Wien 10 (Gudrunstraße 135)

Mit:
Andreas Pittler – Krimiautor (liest u.a. aus seinem neuesten Buch „Totenschiff“)
Laura Rafetseder – Singer/Songwriterin
Rot-Wild – Liedermacher 2.0
Best of VORWÄRTS u.v.m...

250 Ausgaben seit 1983!
35 Jahre CWI in Österreich!

Seit 1981 gibt es SLPerInnen (bzw. ihre VorläuferInnen) in Österreich. 250 Ausgaben von VORWÄRTS, der ältesten durchgehend erscheinenden sozialistischen Zeitung sind erschienen. Kein Grund, um ruhig zu werden – aber

viele gute Gründe, um ein Fest zu feiern. Und genau das machen wir.

VORWÄRTS – das Fest!

Samstag den 10. September **ab 17⁰⁰** in Wien 10 (Gudrunstraße 135)

Mit:
Andreas Pittler – Krimiautor (liest u.a. aus seinem neuesten Buch „Totenschiff“)
Laura Rafetseder – Singer/Songwriterin
Rot-Wild – Liedermacher 2.0
Best of VORWÄRTS u.v.m...

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 17⁰⁰ Uhr
im *‘Habert Café’*
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im *‘Restaurant Rondo’*
Marienplatz 1

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im *‘Alte Welt’*, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im *‘Shakespeare’*
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung *‘Libreria Utopia’*
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der *‘Pizzeria Delfino’*
20., Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im *SLP-Büro*
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei “Büro” läuten)

Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at



Andere über uns



Die britischen Nachrichten sind voll von Berichten über die Socialist Party, die dortige Schwesterorganisation der SLP. Der Grund: Ihre zentrale Rolle im Kampf, der um die Labour Party geführt wird und ihre Vergangenheit als wichtigste linke Kraft in Labour – damals als Militant Tendency. Die allgegenwärtige Hetze gegen den „Trotzkismus“ hilft jedoch nur, sozialistische Ideen zu verbreiten – Wir sagen danke!

**Gibt es nicht
aus Profitstreben;
gibt es aus Überzeugung.**



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24.-
Sozial-Abo: € 14.-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7.-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000000000000000
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

**Der Aufbruch nimmt konkrete Form an...****Mehr auf Seite 5**

Gegen Hofer & die Politik der Reichen!

Keine Lust mehr auf das „kleinere Übel“? Jetzt mit uns aktiv werden gegen Rassismus und Sozialabbau!

Nach dem Hick-Hack um die Stichwahl steht uns am 2.10. das gleiche Elend um die Präsidentschaftswahl schon wieder bevor. Wir werden gezwungen uns zu entscheiden, ob wir einen rechtsextremen Burschenschafter oder einen abgehobenen, neoliberalen Professor für ein Amt wollen, das es besser gar nicht geben sollte. Natürlich müssen wir jetzt Hofer verhindern, aber das Problem der immer stärker werdenden FPÖ bekommen wir mit einfach VdB-

Wählen nicht in den Griff. Beide Kandidaten versuchen sich als „Anti-Establishment“ darzustellen und beide haben damit gelogen: Hofer & VdB stehen letztlich beide auch für ein „weiter so!“ mit der sozialabbauerischen, rassistischen Politik im Interesse der Reichen. Sie bieten keine Alternative für Alle, die sich berechnete Sorgen um ihre Zukunft machen.

Viele sind längst zu dem Schluss gekommen, dass „das kleinere Übel“ keine Verbesserungen bedeu-

ten kann. Viele sind bereit, echten Widerstand auf der Straße, in den Betrieben, Unis und Schulen zu leisten. Was wir brauchen, sind Angebote für diese Vielen: Eine kämpferische KV-Runde, einen Aufstand der Erwerbslosen, eine Protestwelle der SchülerInnen & Studis und eine Partei, um alle diese Proteste zu vereinen und den Druck zu bündeln. So können wir die FPÖ stoppen und Schluss mit der Politik für Reichen machen!

Tilman M. Ruster**Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!**

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.